

## Interview: 01.04.16, Pratteln

# Interview mit Jürg Schildknecht

### Einstiegsgespräch

- Hauseigentümer in Grengiols (Projekt Mörel – Ulrichen), Mitglied des Projektbeirats Binaquerung als Vertreter der Einsprecher.
- Wir haben ein Haus in Grengiols neben einer 220 kV-Leitung gekauft. Schon beim Kauf wurde uns mitgeteilt, dass die Leitung bald wekommt.
- Die neue 380 kV-Leitung Mörel – Ulrichen soll die alte 220 kV-Leitung ersetzen. Kurz nachdem wir das Haus gekauft haben, war die 1. Auflage des Projektes auf der Gemeinde. Zuerst wollte man die bestehende 220 kV-Leitung weiter mit 65 kV betreiben. Das hat provoziert („So geht es also wirklich nicht!“). Die Dorfbevölkerung war schon sensibilisiert, da es bereits im Herbst vorher eine Petition gab, die forderte, dass die Freileitung nicht durch Grengiols kommen respektive verkabelt werden soll. Darum gab es relativ viele Einsprecher. Im Aussenweiler Hockmatte hat z.B. eine Familie in den Erhalt von Häusern investiert, die fast verfallen waren und einen historischen Wert haben. Die Hochspannungsleitung wäre dort sehr nahe an diesen Häusern vorbeigekommen, darum hat die Familie Einsprache erhoben.
- Bei den ersten Einspracheverhandlungen im Herbst 2008 war die Arroganz gegenüber den Einsprechern der Hauptgrund für die Nicht-Akzeptanz. Die Einsprecher wurden zwar eingeladen, aber der Wille, mit ihnen zu reden, war nicht vorhanden. Sie wurden schlicht nicht ernst genommen. Ein Gemeinderatsmitglied von Bitsch hat sich für die Erdverkabelung eingesetzt. Eine Erdverkabelung stand für die Projektanten nicht zur Debatte. Sie wurde kategorisch abgelehnt. Der Vertreter des Gemeinderats Bitsch hat die Sitzung verlassen, nachdem man ihn beleidigt hat. Im Bundesland Sachsen-Anhalt in Deutschland wurde zu dieser Zeit ein neues Gesetz festgelegt, das besagt, dass Hochspannungsfreileitungen einen Mindestabstand von 400 m zu Orten mit empfindlicher Nutzung (OMEN) haben müssen. Auch auf diesen Hinweis wurde nicht eingegangen.

- Nach dieser Sitzung haben sich die Einsprecher zusammengesetzt. Der HSUB Oberwallis wurde gegründet. Man hat immer das Gefühl, dass der HSUB gegen Hochspannungsleitungen ist, dabei setzen wir uns für eine Verkabelung ein, wo sie möglich ist. Wir sind nicht gegen neue Hochspannungsleitungen, sondern lediglich gegen neue Freileitungen.
- Man hat auch eine Petition für die Prüfung einer Verkabelung gemacht, sowohl im Kanton Wallis (4000 Unterschriften) als auch schweizweit in Bern (6000 Unterschriften).
- Im Jahr 2009 gab es eine Informationsveranstaltung. Christian Brunner von Alpiq hat dort gesagt, dass eine Erdverkabelung im Wallis 40-mal teurer wäre als eine Freileitung und darum nicht in Frage käme.
- Visualisierungen der neuen Leitungen haben gefehlt. Die Projektanten haben sich dagegen gewehrt, Visualisierungen zu machen. Die Leute können sich nicht vorstellen, wie eine solche Leitung in der Landschaft aussieht. Man bekam den Eindruck, dass die Projektanten nur das Minimum machen wollten. Man machte nichts, um der Bevölkerung entgegenzukommen, wenn es nicht einen zwingenden Grund gab.
- Das Bundesverwaltungsgericht hat Anfang 2013 eine Verkabelungsstudie für das Obergoms verlangt. Nach Rekurs der Projektanten beim Bundesgericht hat dieses eine Verkabelungsstudie für den Bereich von Mörel bis Ernen (nicht Obergoms) gefordert (höherer Schutzwert aufgrund eines BLN-Gebiets).
- Im Projektbeirat habe ich die Entwicklung der Kabelstudie begleitet. Mit der Studie waren wir sehr zufrieden, weil sie sehr weit geht. Man hat auch Überlegungen zur Betriebssicherheit gemacht. Pro System werden nicht drei Kabel, sondern vier verlegt. Diese vier sollen ständig unter Strom stehen, damit bei einem Ausfall eines der Kabel die drei verbleibenden sofort betriebsbereit sind. So kann mindestens die gleiche Betriebssicherheit erreicht werden wie bei einer Freileitung, wenn nicht sogar eine höhere. Am Schluss der Studie wurden wir eingeladen, eine kritische Würdigung zu der Studie abzugeben. Ich konnte bei der Vorstellung der Studie beim BFE dabei sein und meine Meinung dazu präsentieren. Dabei habe ich darauf hingewiesen, dass die Mehrkosten einer Verkabelung durch weniger Netzverluste zu einem wesentlichen Teil kompensiert werden können. Es ist wichtig, die Gesamtkosten über die Lebensdauer einer Hochspannungsleitung zu betrachten (Betriebskosten müssen auch miteingerechnet werden). Ich glaube, ein Streitpunkt zwischen BFE und EICom ist der Mehrkostenfaktor (wie viel darf eine Verkabelung mehr kosten gegenüber einer Freileitung, damit sie bewilligt wird und anrechenbar ist).
- Der Projektbeirat ist ein wesentlicher Fortschritt im Stakeholdereinbezug. Die Partizipationsmöglichkeit ist gegeben. Ich bekam Gehör bis zur Entscheidungsbehörde BFE und konnte die Studie kritisch würdigen. Die kritische Würdigung durch den Projektbeirat fließt auch in die Entscheidungsfindung des BFE ein. Das geht in die Richtung, wie es sein sollte.
- Wenn von Anfang an verschiedene Lösungen vorgestellt werden, dann ist die Akzeptanz viel grösser. Bei diesem Projekt wäre die Akzeptanz viel grösser gewesen, wenn man

von Anfang an die aktuelle dritte Variante der Freileitung vorgeschlagen hätte. Die Lösungs- und Technologieoffenheit des Projektanten ist sehr wichtig.

### **Fragen zu Ihrer Meinung gegenüber Höchstspannungsleitungen**

1. Was ist das Hauptproblem bei Höchstspannungsleitungen? Worin liegt der Hauptgrund für Ihr Engagement in diesem Bereich?
  - Hauptproblem ist, dass der Nutzen einer Leitung nicht richtig verrechnet wird mit dem Schaden, den sie anrichtet. Man hat oft das Ganze nicht im Blick. Wir haben eine Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Die Leitung bleibt 60 bis 100 Jahre stehen. Der nichtmaterielle Nutzen der Landschaft wird zu wenig berücksichtigt. Unberührte Landschaft hat einen hohen Wert als Erholungsgebiet, für das Wohlbefinden der Anwohner und für den Tourismus. Dieser Wert der Landschaft muss berücksichtigt werden. Eine Hochspannungsleitung stellt einen Eingriff in die Landschaft dar. Sie ist ein Störfaktor. Der Preis für die Erdverlegung stellt eine hohe Hürde dar, denn den materiellen Mehrkosten kann die regional betroffene Bevölkerung nur immaterielle Werte, nämlich den Landschafts- und Siedlungsschutz, entgegenstellen.
  - Der Eingriff in die Landschaft führt ebenfalls zu einer Wertverminderung der Grundstücke in der Nähe einer Hochspannungsleitung. Das ist bei allen Infrastrukturprojekten der Fall. Die Entschädigung für diesen Wertverlust ist ungenügend.
  - (Interviewer: Was spielt der Einfluss von Hochspannungsleitungen auf die Gesundheit für eine Rolle?) Wenn man in unmittelbarer Nähe zu einer Hochspannungsleitung wohnt (bis etwa 100 m Entfernung), stehen die gesundheitlichen Bedenken im Vordergrund. Grenzwerte sind immer ein Stück weit willkürlich. Mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen werden Grenzwerte oft strenger (z.B. Radioaktivität). Die Erkenntnisse bezüglich gesundheitlicher Auswirkungen von Magnetfeldern sind in der Wissenschaft uneinheitlich. Gesundheitliche Auswirkungen haben natürlich einen Einfluss auf die Wohnqualität.
2. Wie sollte auf dieses Hauptproblem/diese Hauptprobleme eingegangen werden?
  - Es ist immer eine Frage der Betroffenheit (z.B. der Gemeinden, der Einzelpersonen etc.). Die Betroffenheit sollte minimiert werden, soweit dies technisch und finanziell möglich ist.
  - Eine Minderheit wird immer betroffen sein, auch wenn der Entscheidungsprozess vollständig demokratisiert ist (auch wenn die Gemeinde entscheiden dürfte, welche Variante gebaut wird). Man kann sich immer fragen, ob ein Entscheidungsprozess gerecht ist. Man muss Prioritäten setzen. Permanent bewohnte Bereiche einer Gemeinde müssen höher priorisiert und damit stärker geschützt werden als nicht oder nur temporär bewohnte Gebiete.
  - Was ich mich frage, ist auch, warum man an der eigenen Idee so hängt als Projektant einer solchen Leitung. Wieso gibt man diese Idee nicht auf? Diese Machtdemonstration habe ich bis jetzt immer gespürt bei den Projektanten bis zu dem Moment, als ein Projektbeirat einberufen wurde und man eine Kabelstudie gemacht hat. Dieser sachliche Angang sollte vermehrt und von Anfang an stattfinden. Von Anfang an sollten sachlich verschiedene Lösungsmöglichkeiten geprüft werden.

- Swissgrid hat mit dem „Strategischen Netz 2025“ demonstriert, dass Projekte aus dem Netzplan rausfallen können. Das schafft Misstrauen. Es stellt sich die Frage, ob überhaupt alle Projekte notwendig sind. Es gibt Leute, die auch die Gommerleitung in Frage stellen.
3. Wie würde für Sie eine optimale Einbindung in ein Netzbauprojekt aussehen? Wie stellen Sie sich diese vor?
- Der Projektbeirat ist ein gutes Instrument. Es stellt sich die Frage, wie man die Teilnehmenden auf einen gewissen Kenntnisstand bringt. Sie sollten mithilfe einer Einleitungsbroschüre (Warum brauch es die Leitung? Was sind Randbedingungen? Welche Restriktionen gibt es? Alle wichtigen Erfahrungswerte in kondensierter Form) ins Projekt eingeführt werden. Gewisse Grundkenntnisse sind sehr wichtig, damit die Teilnehmenden auch einschätzen können, was möglich ist und was nicht (z.B. kann man die Kabel nicht einfach im Fluss versenken). Offene und unabhängige Leute (u.a. Netzbetreiber, Ämter, Volksvertreter) sollten im Projektbeirat einer Leitung dabei sein. Betroffene sollten unbedingt mitreden dürfen.
  - Eine öffentliche Informationsveranstaltung sollte bereits im Sachplanverfahren stattfinden. Die Betroffenen müssen wissen, was auf sie zukommt. Es ist wichtig, dass den Betroffenen anhand von beispielhaften Visualisierungen (mit Planungsannahmen) gezeigt wird, wie die Leitung in der Landschaft aussehen könnte. Betroffene können sich die Leitung sonst nicht vorstellen. Im Speziellen die lokalen Entscheidungsträger der Gemeinden müssen frühzeitig knapp und wesentlich informiert werden, damit sie ihren Einwohnern Auskunft geben können. Es gibt weniger Opposition, wenn die Projektanten von den Betroffenen frühzeitig erfahren, wo eine Leitung akzeptiert ist und wo nicht und entsprechend die Leitung mit diesen Inputs planen.
  - Eine Verkabelung ist die am meisten akzeptierte Lösung. Sie sollte an sensiblen Orten in Betracht gezogen werden, um Widerstand zu vermeiden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Mehrkosten einer Verkabelung durch die Verhinderung einer Projektverzögerung schnell aufgewogen werden. Eine Projektverzögerung von zwei bis drei Jahren kann nach meinen Berechnungen bereits 100 Mio CHF kosten (durch die nicht übertragene Energie aus Kraftwerken zu den Abnehmern), was der Grössenordnung der Mehrkosten der Verkabelung entspricht.
4. Wie schätzen sie Ihre Partizipationsmöglichkeit heute ein? Unter Ihren bisherigen Erfahrungen mit der Netzprojektkommunikation der Swissgrid, werden Ihre Erwartungen erfüllt? Wenn nicht, was fehlt? Was würden Sie sich zusätzlich noch wünschen?
- Ich sehe im Moment keine anderen Massnahmen, die noch zusätzlich ergriffen werden könnten, ausser, dass man versucht, Vertreter der lokalen Interessen miteinzubeziehen (Oppositionsgruppen, Gemeinden etc.).
  - Der Idealfall (High End der Akzeptanz) wäre, wenn sich aufgrund des Stakeholdereinbezugs gar keine Oppositionsgruppen bilden würden.
  - Für den richtigen Einbezug muss man herausfinden, welches die kritischen Stakeholder sind. Gemeinden könnten Informationen zu kritischen Stakeholdern liefern. Bei der Erstinformation der Betroffenen über eine Informationsveranstaltung sollte darauf hingewie-

sen werden, dass es die Möglichkeit zur Beteiligung gibt. Engagierte Betroffene müssen gefunden werden, um mit Ihnen zusammen eine akzeptierbare Lösung zu finden. Der Grad der Betroffenheit ist massgeblich für die Beteiligung der Betroffenen an der Lösungssuche. Es bräuchte eine Skizze, wo die Leitung durchgehen könnte, damit die Betroffenen wissen, wie weit sie betroffen sein könnten.

5. Was für eine Rolle spielt die Landnutzung (z.B. Industriezone, Landwirtschaftszone, Naturschutzgebiet etc. sowie Bündelung von Infrastrukturen mit z.B. Autobahnen) bei der Leitungsführung? Wo ist eine Leitung eher akzeptabel, wo eher nicht?
  - Die Bündelung von verschiedenen Freileitungen (unterschiedlicher Spannungsebenen) auf dem gleichen Mast und Trasse ist weniger schlecht als alle einzelnen Freileitungen.
  - Man muss nicht grundsätzlich immer verkabeln. Aber an empfindlichen Stellen sollte eine Verkabelung gemacht werden.
  - Das ASTRA wehrt sich bis heute gegen Verkabelungen unter oder neben Autobahnen. Beim Autobahnbau sollten Rohrblöcke für Verkabelungen eingebaut werden (z.B. neben der Autobahn zwischen Sieders und Visp im Pfynwald,), wenn ein Leitungsbauprojekt auf der gleichen Strecke geplant ist.
  - Bei Tunnelneu- und -umbauten sollte grundsätzlich geprüft werden, ob gleichzeitig eine Verkabelung einer Hochspannungsleitung im Tunnel möglich ist. Ein Pilotprojekt wäre wichtig.
  - (Interviewer: Ist eine Freileitung neben einer Autobahn auch akzeptierter als auf freier Fläche?) Die Bündelung einer Freileitung mit einer Autobahn macht auch Sinn, da die Autobahn schon ein Störfaktor darstellt. Das ist sicher besser als eine Freileitung in einer unberührten Landschaftsfläche.
  - 1. Priorität ist, dass man Siedlungsgebiet ausweicht. 2. Priorität ist, dass man die Einsehbarkeit/Sichtbarkeit der Leitung minimiert (z.B. kann die Leitung im Wald kaschiert werden).
6. Welche Rolle spielen Kompensationsmassnahmen wie z.B. der Rückbau von bestehenden Leitungen?
  - Kompensationsmassnahmen wie die Verkabelung niedrigerer Spannungsebenen sind sinnvoll.
7. Welche Informationen zu einem Netzbauprojekt wünschen Sie an einer Veranstaltung?
  - Visualisierungen der Leitung sind für mich zentral.
  - Im gleichen Mass wie die Behörden in einem ersten Schritt, müssen auch die Betroffenen in einem zweiten Schritt informiert werden. Die wesentlichen Informationen sollten einfach verständlich und kondensiert in einer stündigen öffentlichen Veranstaltung präsentiert werden.
  - Man sollte gefasst und vorbereitet sein auf die Diskussion um Gesundheitsrisiken. Die Belastung durch das Magnetfeld sollte bei einer Rückfrage anhand der Grenzwerte erklärt werden.
  - Eine vorsorgliche Planung ist sehr wichtig. Man muss früh erkennen, wo Widerstand entstehen könnte und vorsorglich die Präsentation von Lösungen für diesen Fall vorbereiten.

ten. Diese Sensibilisierung ist da, auch von Seiten Swissgrid. Man sollte immer eine Verkabelungsvariante vorbereiten und diese einer Freileitung gegenüberstellen. Schon bei der Festlegung des Planungsgebietes im Sachplanverfahren muss darauf geachtet werden, dass auch eine Verkabelung innerhalb dieses Gebietes möglich ist.

8. Was denken Sie, weshalb das Interesse an den Netzbauprojekten regional unterschiedlich ist?
- Es ist eine Frage der direkten Betroffenheit. Je höher die Betroffenheit, desto stärker die Opposition. Engagement entsteht aus der Betroffenheit. Es braucht einen Rädelsführer, damit sich eine Widerstandgruppierung formiert. Die stark betroffenen Leute sind immer in der Minderheit. Sie können jedoch schwächer betroffene Leute mobilisieren.

### Fragen zu der Offenlegung des Netzplans

9. Wie wichtig ist eine gute Begründung des angestrebten Netzplanes und der darin enthaltenen Projekte? Wurde diese gute Begründung beim „Strategischen Netz 2025“ erreicht?
- Die Glaubwürdigkeit des Bedarfsnachweises der Netzprojekte ist eine Grundvoraussetzung. Der Bedarfsnachweis der Leitung bildet die Ausgangslage zur Suche nach akzeptablen Lösungen.
10. Denken Sie, die Offenlegung des Netzplans fördert die Akzeptanz für die Modernisierung und den bedarfsgerechten Ausbau des Übertragungsnetzes in...
- a. der nationalen Politik
  - b. den Behörden
  - c. der Strombranche
  - d. Energieunternehmen (wie Beratungsunternehmen)
  - e. der Forschung
  - f. in nationalen Interessensgruppen
  - g. Umweltverbänden
- Die Prioritäten für den weiteren Netzausbau wurden unwiderruflich gesetzt mit dem „Strategischen Netz 2025“.
11. Wie wichtig für die Akzeptanz ist das Verständnis der Notwendigkeit eines Projektes (folglich „Strategischem Netz 2025“)? Anders gefragt: Akzeptieren die Stakeholder ein Projekt mehr, wenn Sie wissen, warum dieses notwendig ist? Denken Sie, die Offenlegung des Netzplans fördert die Akzeptanz für die einzelnen Netzprojekte des Netzplans in/bei...
- a. der lokalen Politik der betroffenen Regionen
  - b. von Netzprojekten betroffenen Kantonen
  - c. von Netzprojekten betroffenen Gemeinden
  - d. Umweltverbänden
  - e. lokalen Interessensgruppen in betroffenen Regionen
  - f. Direktbetroffenen
- Siehe unter 9.

12. Wie fanden Sie die Veranstaltung an der ETHZ? Gab es aus Ihrer Sicht etwas, das nicht gut war?
- Die Veranstaltung an der ETH war gut zur Information über den Netzplan und auch über neue Technologien. Es kam nichts wesentlich neues.
  - Steinmanns Auftritt war überraschend und interessant.
13. Haben Sie weitere Anmerkungen oder Ergänzungen zu folgenden Akzeptanzfaktoren: Offenlegung des Netzbedarfs, Gesundheitsrisiken, Landschaftsschutz, Grundstückswertverlust, Technologie- und Lösungsoffenheit, Direkter Nutzen für die Region oder den Stakeholder, Landnutzung und Bündelung, Ersatzmassnahmen und wahrgenommene Partizipationsmöglichkeit?
- Wahrgenommene Partizipationsmöglichkeit: Sie muss unbedingt wahrnehmbar sein.
  - Ersatzmassnahmen: Es darf nicht so aussehen, als ob man die Leute kauft. Ersatzmassnahmen dürfen nicht in Form von Geld fliessen (z.B. Angebot von 300'000 Franken Entschädigung für das Durchgehen durch den Weiler Hockmatte).
  - Technologie- und Lösungsoffenheit: Es war sehr brüskierend, dass man in unserem Projekt prinzipiell nicht auf die Verkabelungsdiskussion eingehen wollte.
  - Öffentliche Meinung: Politische Unterstützung für oder gegen ein Projekt ist wichtig für die Akzeptanz der Betroffenen.